

Stadtrat

Sitzung am Donnerstag, 29.06.2017

- Ergänzung der Unterlagen -

Öffentliche Tagesordnung

Inhaltsverzeichnis
siehe letzte Seite(n)

- | | | |
|-------|--|------------------------------|
| 8.5. | Unterschriftensammlung für die Abschaffung aller Atomwaffen
Mitteilung zur Kenntnis | 13/186/2017
Kenntnisnahme |
| 10. | Bestellung der Mitglieder für den Stadtteilbeirat Süd für die
Amtszeit Juni 2017 bis 30. April 2020
Ergänzung der Namen | 13/185/2017
Beschluss |
| 11. | Beitritt zum Netzwerk Bio-Städte, -Gemeinden und -Landkreise
TOP abgesetzt | 31/144/2017
Beschluss |
| 12. | Weiterführung der optimierten Lernförderung
Protokollvermerk aus der Sitzung SGA mit SGB vom 22.06.2017 | 50/084/2017
Beschluss |
| 15. | Anhebung der VGN-Tarife im Stadtverkehr Erlangen zum 1. Januar
2018
Fraktionsantrag Nr. 069/2017 der Grünen Liste-Fraktion | III/032/2017
Beschluss |
| 25.1. | Anfrage Erlanger Linke: Flüchtlingshilfe zu Strafanzeigen wegen
Kirchenasyl
Schriftliche Anfrage | |
| 25.2. | Interessenbekundungsverfahren bezüglich der städtischen Flächen
an der Ecke Güterhallenstraße / Goethestraße
Fraktionsantrag Nr. 068/2017 der Grünen Liste-Fraktion
Fraktionsantrag Nr. 072/2017 der SPD-Fraktion | |

Mitteilung zur Kenntnis

Geschäftszeichen:
OBM/13

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13/186/2017

Unterschriftensammlung für die Abschaffung aller Atomwaffen

Beratungsfolge	Termin	N/Ö	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.06.2017	N	Kenntnisnahme	

Beteiligte Dienststellen

I. Kenntnisnahme

Der Bericht der Verwaltung dient zur Kenntnis.

II. Sachbericht

Über das Büro der Vereinigung „Mayors for Peace“ in Hannover, ging in diesen Tagen die Bitte um Unterstützung einer Unterschriftensammlung zur Unterstützung des Aufrufs der Hibakusha (Überlebende der Atombombenabwürfe auf Hiroshima und Nagasaki) für die Abschaffung aller Atomwaffen ein.

Der Oberbürgermeister unterstützt den Aufruf mit seiner Unterschrift.

Die deutsche Übersetzung des Aufrufes ist als Anlage beigefügt. Gesammelte Unterschriften können direkt an den Kontakt in Japan, der im Aufruf genannt wird, gesandt werden.

Weitere Informationen sowie eine Version des Aufrufs zum Herunterladen finden Sie unter <http://hibakusha-appeal.net/german.html>.

Anlagen: Aufruf der Hibakusha (deutsche Übersetzung)

III. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

IV. Zum Vorgang

Internationale Unterschriftensammlung zur
Unterstützung des Aufrufs der Hibakusha (Überlebende der Atombombenabwürfe auf
Hiroshima und Nagasaki) für die Abschaffung aller Atomwaffen

Die Hibakusha fordern nachdrücklich die Abschaffung der Atomwaffen

Die Menschheit steht gegenwärtig an einem Scheidepunkt, ob sie unseren blauen Planeten mit all seinen Lebewesen retten oder weiter den Weg der Selbstzerstörung beschreiten soll.

Die zwei Atombomben, die am 6. und 9. August 1945 von den US- Streit- kräften abgeworfen wurden, zerstörten Hiroshima und Nagasaki in einem einzigen Augenblick vollständig, sie töteten und verletzten unterschiedslos Hunderttausende von Menschen. Mit den verkohlten Leichen, mit Körpern, deren Haut sich abschälte, und mit Menschengruppen, die sich lautlos dahin-schleppten, brach die Hölle auf Erden aus. Diejenigen, die gerade noch überlebt hatten, brachen bald einer nach dem anderen zusammen. Seit mehr als 70 Jahren kämpfen wir um unser Weiterleben, immer belastet durch Spätfolgen und die Angst vor möglichen Auswirkungen der Strahlung auf unsere Kinder und Enkel. Wir wollen, dass sich eine solche Tragödie niemals wiederholt.

Nach 11 Jahren des Schweigens und Leidens nach dem Atombombenabwurf versammelten sich die Hibakusha im August 1956 in Nagasaki und gründeten Nihon Hidankyo, die japanische Vereinigung der Verbände, in denen sich die Überlebenden der Atom- und Wasserstoffbomben organisieren. Damals gelobten wir, uns dafür einzusetzen, „die Menschheit aus der Krise zu retten durch die Lehren, die wir aus unserer Erfahrung gezogen haben, und uns damit selbst zu retten.“ Seitdem haben wir ständig an die Welt appelliert, dass „es niemals wieder weitere Hibakusha geben solle“. Das ist der Schrei unserer Seele.

Es gibt weiter Kriege und Konflikte in der Welt, und viele Leben unschuldiger Menschen gehen verloren. Atomwaffen werden verwendet, um andere zu bedrohen. Es gibt auch Bestrebungen, neue Atomwaffen zu entwickeln. Die Zerstörungskraft der vorhandenen Atomwaffen, insgesamt deutlich mehr als 10.000, beträgt mehr als das Zehntausendfache der Bomben von Hiroshima und Nagasaki zusammen. Atomwaffen sind „Waffen des Teufels“. Sie könnten die menschliche Gattung und alle anderen Geschöpfe auslöschen. Sie könnten die Umwelt zerstören und unsere Welt in einen toten Planeten verwandeln.

Die Menschen haben den Einsatz, die Entwicklung, die Produktion und den Besitz von biologischen und chemischen Waffen durch Verträge und Vereinbarungen verboten. Warum zögern wir, die Atomwaffen zu verbieten, die eine weit größere Zerstörungskraft haben als diese Waffen? Wir, die Hibakusha, appellieren an alle Regierungen, einen Vertrag über das Verbot und die Abschaffung der Atomwaffen abzuschließen.

Das Durchschnittsalter der Hibakusha beträgt jetzt mehr als 80 Jahre. Es ist unser nachdrücklicher Wunsch, noch in unserer Lebenszeit eine atom-waffenfreie Welt zu erreichen, so dass die nachfolgenden Generationen niemals wieder die Hölle auf Erden erleben müssen. Sie, Ihre Familien und Verwandten, und alle anderen Menschen sollten nicht wieder zu Hibakusha gemacht werden.

Wir glauben, dass Ihre Unterschriften unter diesem Aufruf zusammen mit den Stimmen von Hunderten Millionen Menschen auf der Welt die interna-tionale Politik beeinflussen können. Sie werden schließlich die Zukunft unseres blauen Planeten mit all seinen Lebensformen bewahren.

Wir bitten Sie nachdrücklich, ihre Unterschrift unter diesen Appell zu setzten.

April 2016

Initiatoren des Aufrufs:

Sunao Tsuboi, Sumiteru Taniguchi and Mikiso Iwasa, Co-Chairpersons, Hidankyo (Japan Confederation of A-and H-Bomb Sufferers Organizations)

Terumi Tanaka, Secretary General, Hidankyo

Kwak Kwi Hoon, Honorary Chairman, Korean Association of Atomic Bomb Victims

Tsukasa Mukai, President, US Association of Atomic Bomb Victims

Takashi Morita, President, Associacao Hibakusha Brasil Pela Paz

Setsuko Thurlow, Hibakusha of Hiroshima, Toronto, Canada

Yasuaki Yamashita, Hibakusha of Nagasaki, Mexico City, Mexico

Internationale Unterschriftensammlung zur Unterstützung des Aufrufs der Hibakusha für die Abschaffung aller Atomwaffen

Wir, die Hibakusha, wünschen nachdrücklich die unverzügliche Abschaffung der Atomwaffen und fordern alle Regierungen auf, einen Vertrag über das Verbot und die Abschaffung der Atomwaffen zu schließen.

Mit meiner Unterschrift unterstütze ich hiermit den Aufruf der Hibakusha:

Name	Anschrift	Unterschrift*

* Ihre Unterschrift wird an die Vereinten Nationen weiter geleitet und nicht für andere Zwecke verwendet werden.

Kontakt: Nihon Hidankyo (Japan Confederation of A-and H-Bomb Sufferers Organizations)
Gable Bldg. #902, Shiba-Daimon, Minato-ku, Tokyo 105-0012 JAPAN
Phone: +81-3-3438-1897 Fax: +81-3-3431-2113
E-mail: kj3t-tnk@asahi-net.or.jp

Beschlussvorlage

Geschäftszeichen:
OBM 13-2

Verantwortliche/r:
Bürgermeister- und Presseamt

Vorlagennummer:
13/185/2017

Bestellung der Mitglieder für den Stadtteilbeirat Süd sowie eines stellv. Mitgliedes für den Stadtteilbeirat Ost für die Amtszeit Juni 2017 bis 30. April 2020

Beratungsfolge	Termin	Ö/N	Vorlagenart	Abstimmung
Stadtrat	29.06.2017	Ö	Beschluss	

Beteiligte Dienststellen
Fraktionen

I. Antrag

Entsprechend der Vorschläge der einzelnen Parteien und Stadtratsmitglieder werden die nachgenannten Personen (Mitglieder und Ersatzmitglieder) in den neu zu bildenden Stadtteilbeirat Süd und als neues stellv. Mitglied des Stadtteilbeirates Ost berufen.

II. Begründung

1. Ergebnis/Wirkungen

(Welche Ergebnisse bzw. Wirkungen sollen erzielt werden?)

Der Erlanger Stadtrat hat in seiner Sitzung am 28. Juli 2016 den Grundsatzbeschluss zur Bildung von Stadtteilbeiräten gefasst.

Bis zum Erlass einer Satzungsregelung findet die Satzung der Stadt Erlangen über die Ortsbeiräte entsprechende Anwendung; gemäß § 3 Abs. 2 dieser Satzung werden die Mitglieder des Stadtteilbeirates durch den Stadtrat nach den Vorschlägen der ihn bildenden Fraktionen und Gruppen berufen. Aufgrund der Größe der Stadtteile werden die Stadtteilbeiräte 9 Mitglieder haben, die sich nach dem Berechnungsverfahren Hare / Niemeyer wie folgt verteilt.

	Innenstadt	Alterlangen	Ost	Süd	Anger/ Bruck	Büchenbach
Sitze	9	9	9	9	9	9
CSU	3	3	3	3	3	3
SPD	3	3	3	3	3	3
Grüne Liste	2	1	2	2	1	1
FDP	1	1	1	1	1	1
Erlanger Linke					1	1
ödp		1				
FWG						

Nach den Vorschlägen der Fraktion / Stadtratsgruppierungen sind folgende Personen zu berufen:

Stadtteilbeirat Süd

<u>Vorschlag:</u>	<u>Mitglieder:</u>	<u>Ersatzmitglieder/Stellvertreter:</u>
CSU-Fraktion	Herr Johannes Heunisch Herr Dr. Tobias Fey Herr Dr. Martin Schneider	Frau Ulrike Opel Herr Matthias Nolte Frau Ruth Kiesewetter
SPD-Fraktion	Frau Franziska Herberger Frau Brigitte Rohr Herr Günter Laurer	Frau Helga Sirotek Herr Dieter Domabil Frau Eda Simsek
Grüne Liste:	Frau Dr. Christiane Heismann Herr Rainer Hartmann	Frau Gudrun Bußmann Herr Heiner Grillenberger
FDP:	Herr Rudolf Meyer	Herr Michael Hof

Stadtteilbeirat Ost

<u>Vorschlag:</u>	<u>Mitglieder:</u>	<u>Ersatzmitglieder/Stellvertreter:</u>
FDP:	Frau Sigrid Oswald-Sensing (unverändert)	Frau Konstanze Spalek

2. Programme / Produkte / Leistungen / Auflagen

(Was soll getan werden, um die Ergebnisse bzw. Wirkungen zu erzielen?)

Die Mitglieder und Ersatzmitglieder/Stellvertreter im Stadtteilbeirat werden für die Amtszeit bis 30. April 2020 bestellt und namentlich genannt.

Im Falle des Ausscheidens von Mitgliedern aus dem Stadtteilbeirat rücken die Ersatzmitglieder bzw. Stellvertreter nach.

3. Prozesse und Strukturen

(Wie sollen die Programme / Leistungsangebote erbracht werden?)

Die konstituierende Sitzung des Stadtteilbeirates Süd findet am Dienstag, 1. August 2017 um 19:00 Uhr statt. Der Sitzungsort wird noch festgelegt.

4. Ressourcen

(Welche Ressourcen sind zur Realisierung des Leistungsangebotes erforderlich?)

Investitionskosten:	€	bei IPNr.:
Sachkosten:	€	bei Sachkonto:
Personalkosten (brutto):	€	bei Sachkonto:
Folgekosten	€	bei Sachkonto:
Korrespondierende Einnahmen	€	bei Sachkonto:
Weitere Ressourcen		

Haushaltsmittel

werden nicht benötigt

sind vorhanden im Budget auf Kst/KTr/Sk 130290/11110010/versch. Sk

sind nicht vorhanden

III. Abstimmung
siehe Anlage

IV. Beschlusskontrolle

V. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift

VI. Zum Vorgang

V/50/HL006-T. 2444

Erlangen, 22.06.2017

50/084/2017

Weiterführung der optimierten Lernförderung

I. **Protokollvermerk aus der 3. Sitzung des Sozial- und Gesundheitsausschusses mit Sozialbeirat** **Tagesordnungspunkt 8 - öffentlich -**

Protokollvermerk:

Unter den Mitgliedern des Sozial- und Gesundheitsausschusses besteht Einvernehmen, dass Ziffer 3 des Gutachtenantrages entsprechend korrigiert werden muss:

3. Die vhs Erlangen wird **vorläufig** durch die befristete Weiterbeschäftigung des aktuell vorhandenen Personals in die Lage versetzt, die Aufgabe nach Ziff. 2 bis 31.07.2018 weiterzuführen. **Die erforderlichen Stellen sind für den Stellenplan 2018 beantragt.**

Frau Stadträtin Niclas (SPD) beantragte zusätzlich eine Ergänzung von der VHS, in Form einer detaillierten Auflistung der Pädagoginnen und Pädagogen und deren Struktur und Art der Beschäftigung. Diese Ergänzung soll dann als schriftliche MzK auch dem Sozial- und Gesundheitsausschuss mit Sozialbeirat vorgelegt werden.

Folgende Ergänzung der VHS ist mitaufzunehmen:

Die Volkshochschule Erlangen setzt im Rahmen der Optimierten Lernförderung 105 Dozentinnen und Dozenten ausschließlich auf freiberuflicher Basis ein. Mit den Dozentinnen und Dozenten werden ausschließlich Honorarverträge für das laufende Schuljahr geschlossen.

Die Qualifikation der eingesetzten Dozentinnen und Dozenten ist in drei Gruppen zu unterteilen:

- 37% (39 Personen) sind Studierende, die einen Bachelor bzw. das 1. Staatsexamen anstreben.
- 48% (50 Personen) sind Lehrkräfte, die bereits über einen Bachelor bzw. über das erste Staatsexamen verfügen.
- 15% (16 Personen) sind ausgebildete Lehrerinnen und Lehrer sowie Masterabsolventinnen und –absolventen.

Das pädagogische Personal, das die 105 freiberuflichen Dozentinnen und Dozenten koordiniert und für die Qualitätssicherung der Optimierten Lernförderung verantwortlich zeichnet, ist städtisches Personal und nach TVöD angestellt, bzw. wie in der Beschlussvorlage 50/84/2017 beschrieben, zukünftig anzustellen.

- II. Zur Aufnahme in die Sitzungsniederschrift.
- III. **Kopie an Amt 50** zum Weiteren.
- IV. **Referat V** zum Weiteren.

Vorsitzende/r:

gez.

.....

Dr. Preuß

Schriftführer/in:

gez.

.....

Hautmann

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO

Eingang: 27.06.2017
 Antragsnr.: 069/2017
 Verteiler: OBM, BM, Fraktionen
 Zust. Referat: III
 mit Referat:

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen



Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 Rathausplatz 1
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
 Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
 e-mail: buero@gl-erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:
 Mo 10-13, 14-18 Di, Mi, Do 10-13

Erlangen, den 27.06.2017

**Antrag zum UVPA am 27.6.17
 VGN-Tariferhöhungen - Stärkung des Umweltverbunds**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

in Ergänzung zu den geplanten VGN-Tariferhöhungen stellen wir folgende Anträge zur Stärkung des Umweltverbunds:

1. Kurzfristige Prüfung der technischen Anforderungen an ein leistungsfähiges und zukunftsweisendes Fahrgastinformationssystem und Bericht dazu im September in den Gremien.
2. Prüfung der technischen Anforderungen, um auch die Busse aus dem Umland in die Ampelvorrangschaltung integrieren zu können.
3. Anmeldung folgender Mittel auf der IP-Nr. 547.870 "Investitionszuschuss/Förderung ÖPNV" für den kommenden Haushalt durch die Verwaltung: 2018 200.000 € (+ 50.000 € gegenüber Plan 2018 im Haushalt 2017), Plan 2019 250.000 € (+100.000€) und Plan 2020 350.000 € (+200.000 €).
4. Prüfung folgender Maßnahmen:
 - 4.1. Zusammenlegung der unter 3. genannten Haushaltsstelle mit IP-Nr. 541.610 "Bushaltestellen" und IP-Nr. 541.8411 "Infrastruktur Radverkehr" zu einer Haushaltsstelle "Infrastruktur Umweltverbund".
 - 4.2. Einrichtung eines eigenen "Bautrupps", um kleinere Maßnahmen besser planen und umsetzen zu können.

5. Umsetzung bzw. Sachstandsbericht der offenen Beschlüsse bis zum Jahresende, die der Stadtrat am 30.6.2016 aufgrund unseres Antrags vom 22.6.15 beschlossen hatte, v.a.:

5.1. Wie auch in Nürnberg vor zwei Jahren wird in Erlangen geeignetes Planungsbüro mit der Prüfung von Tarifänderungen in der Tarifzone C beauftragt. Dabei soll insbesondere dargelegt werden, von welchen Mindereinnahmen oder Mehreinnahmen auszugehen ist.

5.2. Entwicklung eines Kriterienkatalogs zur Gestaltung von Bushaltestellen zur Komfortverbesserung (Überdachung, Beleuchtung, Fahrradabstellplätze etc.)

5.3. Erstellung eines Prioritätenplanes zur systematischen Ausweitung des elektronischen Fahrgastinformationssystems (incl. Umsteigebeziehungen, Störungen oder Verspätungen)

5.4. Optimierte Taktung mit Anschlussgarantie zwischen Stadt- und Landkreisbussen und der S-Bahn

Begründung:

Zu 1.) Im aktuellen Fahrgastinformationssystem werden die Umlandbusse nicht angezeigt, kurzzeitige Fahrplanänderungen aufgrund z.B. von Baustellen finden sich auch bei längerem Vorlauf nicht in der Fahrplanauskunft des VGN wieder, anders als z.B. bei der Bahn.

Zu 4.) Durch die Zusammenlegung der Infrastrukturmittel können die Planungen gebündelt und in der Verwaltung einfacher abgearbeitet werden. Die Maßnahmen können gesamtheitlich im Stadtplanung/Verkehrsbereich geplant und im Tiefbaubereich umgesetzt werden. Dazu wäre auch ein eigener "Bautrup" im Bauhof sinnvoll, der durch Einsparung bei den ansonsten externen Vergaben schneller und einfacher die meist kleineren Maßnahmen umsetzen könnte. Damit wäre ebenfalls ein besserer, weil prozessoptimierter Mittelabfluss aus dem zusammengelegten Topf möglich.

Weitere Begründung mündlich.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Julia Bailey (Fraktionsvorsitzende)

gez. Harald Bußmann (Sprecher für Verkehr)



F.d.R.: Wolfgang Most

Erlangen, den 27.6.2017

**Brief der Erlanger Flüchtlingshilfe zu Strafanzeigen wegen Kirchenasyl
Anfrage zum Stadtrat Juni 2017**

Sehr geehrter Herr Dr. Janik,

Nach dem beiliegenden offenen Brief an den bayerischen Innenminister hat die ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen (EFIE) den Eindruck, dass die strafrechtlichen Ermittlungen wegen Kirchenasyl im wesentlichen auf Anzeigen der Ausländerbehörden zurückgehen.

1. Wie wird dies in Erlangen gehandhabt ?
2. Wenn Anzeigen erstattet wurden: Gegen welchen Personenkreis ?
3. Wurden auch in Erlangen Strafanzeigen gegen Geflüchtete im Kirchenasyl erstattet ?

Die folgenden Fragen richten sich an Frau Bürgermeisterin Dr. Preuß:

4. Verdienen diejenigen, die ein Kirchenasyl ermöglichen, nicht den höchsten Respekt statt Strafverfolgung ? Sollten diese BürgerInnen nicht für ihr selbstloses Engagement von der Stadt geehrt und ausgezeichnet werden ?
5. Unterstützen Sie den Vorschlag eines städtischen Rechtshilfefonds für von solcher Strafverfolgung Betroffene ? Nach dem Vorbild der Stadt Nürnberg, die 1981 die Opfer der Komm-Massenverhaftung bei ihrer Verteidigung unterstützte ?

Anlage: Brief der ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen(EFIE)

Mit freundlichen Grüßen

Johannes Pöhlmann
(Stadtrat)

Anton Salzbrunn
(Stadtrat)



Ehrenamtliche Flüchtlingsbetreuung in Erlangen
EFIE e.V., Arbeitskreis Politik
AK.Politik@EFIE-Erlangen.de
21.06.2017

Herrn Innenminister
Dr. Joachim Herrmann
poststelle@stmi.bayern.de
joachim.herrmann@csu-bayern.de

Betr: *Kirchenasyl : Strafanzeigen gegen Betroffene*

Sehr geehrter Herr Innenminister Dr. Herrmann,

mit großer Sorge nehmen wir zur Kenntnis, dass aufgrund von Anzeigen der zuständigen Ausländerbehörden (Kommune, Landkreis, ZAB) gegen viele Gemeindeverantwortliche wegen der Gewährung eines Kirchenasyls bzw. gegen im Kirchenasyl befindliche Geflüchtete strafrechtlich ermittelt wird.

Beim Kirchenasyl werden Flüchtlinge ohne legalen Aufenthaltsstatus von Kirchengemeinden zeitlich befristet beherbergt. Kirchenasyl-Gemeinden sehen die Hilfe für Flüchtlinge als biblisch gebotene christliche Beistandspflicht an. Ziel ist, in Härtefällen eine unmittelbar drohende Abschiebung in eine gefährliche oder sozial unzumutbare Situation zu verhindern und eine erneute Prüfung des Falles zu erreichen. Der Aufenthaltsort der Flüchtlinge wird den Behörden gemeldet.

Keine Gemeinde gewährt leichtfertig Kirchenasyl. Mit einem Kirchenasyl treten Kirchengemeinden für Menschen ein, denen durch eine Abschiebung Gefahren für Leib, Leben oder Freiheit drohen, oder für die eine Abschiebung mit nicht hinnehmbaren humanitären Härten verbunden wäre. Wenn in besonderen Härtefällen Gemeinden aus christlichem und humanitärem Verantwortungsbewußtsein Asyl gewähren, dann finden wir dies großartig. Der Satz aus dem Neuen Testament „ich war fremd und obdachlos und ihr habt mich aufgenommen“, wird nicht nur in Sonntagsreden gepredigt, sondern auch tatsächlich gelebt.

Das Kirchenasyl hat eine lange Tradition, die sogar noch älter ist als das Christentum. Schon in der griechischen Antike waren Tempel sichere Orte. Kirchenasyl wird als „Ultima Ratio“ bezeichnet, um Zeit für eine sorgsame

Einzelfallprüfung zu ermöglichen. Denn solange Schutzbedürftige in den Kirchen leben, entgehen sie der angeordneten Abschiebung in sogenannte „sichere Drittländer“. In der Mehrzahl der aktuellen Kirchenasyle soll die Rückführung in ein anderes EU-Land verhindert werden, das für das Asylverfahren zuständig wäre, in dem den Betroffenen aber Obdachlosigkeit, mangelnde Versorgung oder die Abschiebung in ihr – oft eben nicht sicheres – Herkunftsland drohen. Menschen die Tausende von Kilometer geflüchtet sind, z.B. aus Bürgerkriegsländern bzw. wo IS Schergen die Bevölkerung terrorisieren, diese Menschen suchen einen Ort der Sicherheit und Stabilität. Dublin III bedeutet, dass man schwer traumatisierte Menschen wieder entwurzelt, oder z.B. in die Obdachlosigkeit nach Italien schicken würde. *„Mit Hilfe des Kirchenasyls wird versucht, Zeit zu gewinnen und bisher im Verfahren nicht berücksichtigte Fakten eines individuellen Schicksals aufzuarbeiten. In den meisten Fällen gelingt es, dass die Betroffenen in einem erneuten Verfahren eine Aufenthaltsberechtigung bekommen.“*

Die Unabhängigkeit der Justiz ist ein hohes Rechtsgut, was wir selbstverständlich achten und verteidigen. Was uns nachdenklich macht, ist die Tatsache, dass bei der Akteneinsicht der Betroffenen deutlich wird, dass die Anzeigen immer von der zuständigen Ausländerbehörde erfolgten.

Daher haben wir den Eindruck, dass es seit geraumer Zeit anscheinend eine Anweisung an die Ausländerbehörden gibt, Kirchenasylfälle grundsätzlich bei der zuständigen Staatsanwaltschaft zu melden – oder ist dieser Eindruck falsch ?

Sollte es eine solche Anweisung nicht geben, so bitten wir eindringlich, die Ausländerbehörden über die vor rund zwei Jahren mit Bundesinnenminister Thomas de Maizière und den Spitzen von katholischer und evangelischer Kirche geschlossene Vereinbarung zu unterrichten.

„Der Staat toleriert das Kirchenasyl in begründeten Einzelfällen. Dafür bezeichnet die Kirche das Kirchenasyl als "Ultima Ratio", also als letztmögliches Mittel mit höchstens vorübergehendem In-Gewahrsam-Nehmen von Flüchtlingen mit dem Ziel, dass das Asylverfahrens erneut überprüft wird“

„Das Instrument habe sich bewährt, denn in 90 Prozent der Fälle habe den Flüchtlingen durch eine erneute Überprüfung ihres Falles geholfen werden können. Das Kirchenasyl dürfe nicht dazu missbraucht werden, um die Asylfrage grundsätzlich zu lösen, (Kardinal Reinhard Marx).

Kirchenasyl ist eine win-win Situation, Menschenrechtsorganisationen wie auch Politiker unterstreichen den Wert des Kirchenasyls immer wieder. Und die Zahlen scheinen das zu belegen. Denn nach Angaben der Bundesarbeitsgemeinschaft Kirchenasyl wurden 2015 ca 90 Prozent der Kirchenasyl-Fälle positiv entschieden. Konkret bedeutet dies: Die Menschen durften langfristig bleiben, wurden nicht abgeschoben, obwohl das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge bereits anders entschieden hatte.

Wir bitten Sie daher eindringlich, die bayerischen Ausländerbehörden über die

Vereinbarung zwischen BAMF & Kirchen zu unterrichten bzw. deren Intention näher zu erläutern, nämlich: in begründeten Einzelfällen über das Kirchenasyl die Möglichkeit zu eröffnen, die rechtliche Lage und die Ermessensspielräume noch einmal genau zu prüfen und möglicherweise bisher nicht berücksichtigte bedeutsame oder neue Aspekte einzubringen. Die Anerkennungsquote der Kirchenasylfälle zeigt deutlich auf, dass die Kirchengemeinden das Asylrecht nicht missbrauchen, sondern – ganz im Gegenteil – unseren Rechtsstaat stärken. Eine Strafverfolgung von Kirchengemeinden, durch deren engagiertes Eintreten oft erst eine angemessene und gewissenhafte Betrachtung der Einzelschicksale ermöglicht wird, ist daher nicht nur unangemessen, sondern eines Rechtsstaates geradezu unwürdig.

Über eine positive Antwort würden wir uns freuen

Mit freundlichem Gruß

Arbeitskreis Politik des Vereins EFIE e.V.

Unterzeichner:

<i>Sissi Bankel</i>	<i>Uli Heldmann</i>	<i>Annika Hoppe-Seyler</i>	<i>Ingrid Kagermeier</i>
<i>Nicola Nemeth</i>	<i>Liz Nicholson</i>	<i>Dr. Michael Schöttler</i>	<i>Anja Schwarz</i>
<i>Heinz Szabo</i>	<i>Klaus Waldmann</i>		

cc: EN, AIB, AGABY, BFR, Prof. Dr Bendel, Dr Janik, Dr Preuß, kath. & ev. Dekanat, Landtagspräsidentin Stamm,

web-links

* Offener Brief an die Innenminister der Länder (09.06.2017)

<http://www.kirchenasyl.de/portfolio/offener-brief-an-die-innenminister-der-laender/>

* Kirchenasyl-Aktivisten beklagen Druck durch Staat (09.06.2017)

"Asyl in der Kirche" beklagt falsche Vorwürfe durch den Staat: "Zu Unrecht wird uns als Kirchen ein Missbrauch des Kirchenasyls unterstellt", schreibt die ökumenische Arbeitsgemeinschaft in einem offenen Brief.

<http://www.katholisch.de/aktuelles/aktuelle-artikel/kirchenasyl-aktivisten-beklagen-druck-durch-staat>

* Kirchenasyl: Ermittlungen gegen Erlanger Pfarrer (16.04.2017)

<http://www.nordbayern.de/region/erlangen/kirchenasyl-ermittlungen-gegen-erlanger-pfarrer-1.6006275>

* Kirchenasyl Das Ringen um eine alte Tradition (29.03.2017)

Es sorgt immer wieder für Zündstoff: Kirchenasyl. Die Evangelische Kirche spricht von einer alten humanitären Tradition. Vermehrt ermitteln aber bayerische Staatsanwaltschaften gegen Pfarrinnen und Pfarrer, die Geflüchtete in ihren Gemeinden unterbringen.

<http://www.br.de/nachrichten/kirchenasyl-evangelische-kirche-100.html>

Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO	
Eingang:	26.06.2017
Antragsnr.:	068/2017
Verteiler:	OBM, BM, Fraktionen
Zust. Referat:	VI/PET
mit Referat:	

Grüne Liste Rathausplatz 1 91052 Erlangen

Herrn
Oberbürgermeister
Dr. Florian Janik
Rathausplatz 1
91052 Erlangen



Rathausplatz 1, 91052 Erlangen
Zimmer 130

tel 09131/862781 fax 09131/861681
e-mail: buero@gl-erlangen.de
<http://www.gl-erlangen.de>

Bürozeiten:

Mo 10-13, 14-18 Di, Mi, Do 10-13

Erlangen, den 26.06.2017

Antrag zur Stadtratssitzung am 29.06.17: Interessenbekundungsverfahren Ecke Gütherhallenstr./Goethestr.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir beantragen:

Das Interessenbekundungsverfahren bezüglich der städtischen Flächen an der Ecke Gütherhallenstraße / Goethestraße wird nicht weiter verfolgt. Das Grundstück soll als innerstädtische Freifläche erhalten bleiben.

Begründung:

Städtische Freiraumentwicklung ist ein grundlegender und im Einzelfall oft kontrovers diskutierter Bestandteil der Stadtentwicklung. Freiflächen wie beim Manhattan-Kino sind wichtig für den Arten-, Natur- und Mikroklimaschutz in der Stadt, lockern das dicht bebaute Stadtbild auf und erfüllen Freizeit- und Erholungsfunktionen.

Dieser Platz ist ein Treffpunkt und Aufenthaltsort für verschiedene soziale und Altersgruppen. Vom Amt für Soziokultur wurde deshalb dort ein Bushäuschen zum Verweilen aufgestellt. Die Erlanger Streetworkerinnen bedauern in ihrem Jahresbericht, »dass nur wenige öffentliche Plätze mehreren Benutzergruppen gegenüber stehen«. Fehlende Plätze und starker Kontrolldruck an den verbleibenden wenigen Treffpunkten in der Innenstadt, so der Jahresbericht weiter, drängen junge Menschen zurück und machen sie für die Sozialarbeiter*innen schwerer auffindbar. Die Sozialarbeit ist auf innerstädtische öffentliche Freiflächen angewiesen, um überhaupt Kontakte aufbauen zu können.

Bereits vor dem aktuellen Interessenbekundungsverfahren wurde von verschiedenen Seiten eine Bebauung dieses Platzes vorgeschlagen. Die grüne Fraktion stand dem immer schon kritisch gegenüber.

Mit freundlichen Grüßen

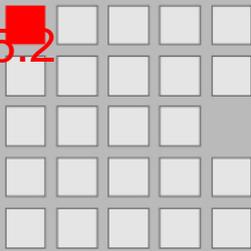
gez. Julia Bailey (Fraktionsvorsitzende)

gez. Bianca Fuchs (Sprecherin für Natur- und Umweltschutz)



F.d.R.: Wolfgang Most





Antrag gemäß § 28/ § 29 GeschO
 Eingang: **28.06.2017**
 Antragsnr.: **072/2017**
 Verteiler: **OBM, BM, Fraktionen**
 Zust. Referat: **VI/PET**
 mit Referat:

Herrn
 Oberbürgermeister
 Dr. Florian Janik
 91052 Erlangen

Rathausplatz 1
 91052 Erlangen
 Geschäftsstelle im Rathaus,
 1. Stock, Zimmer 105 und 105a
 Telefon 09131 862225
 Telefax 09131 862181
 e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

**Antrag
 Interessensbekundungsverfahren - Freifläche neben Manhattan-Kino**

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

die Ausschreibung der Freifläche neben dem Manhattan-Kino für eine mögliche kulturelle Bebauung in einem Interessensbekundungsverfahren war von Ihnen wie von uns ergebnisoffen angelegt. Ziel war es, eine Diskussion in der Stadtgesellschaft zu ermöglichen, ob eine solche kulturelle Nutzung und die damit verbundene Veränderung der städtebaulichen Situation gewünscht wird – und wenn ja, in welcher Ausgestaltung – oder der Erhalt und eine Aufwertung der Freifläche gewünscht wird.

Datum
 28.06.2017

AnsprechpartnerIn
 Saskia Coerlin

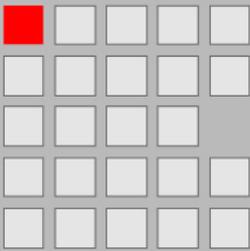
In unseren Augen haben die Diskussionen in der Stadt seit dem Ausschreibungsbeschluss relativ klar gezeigt, dass von vielen Erlangerinnen und Erlangern letzteres gewollt wird. Während sich viele Stimmen gegen eine Bebauung der Freifläche geäußert haben, sind nur wenige Stimmen für eine kulturelle Nutzung laut geworden. Diese eindeutige Stimmung ist nach unserem Eindruck unabhängig von der Art der Nutzung und der Ausgestaltung der Bebauung.

Durchwahl
 09131 862225

Seite
 1 von 2

Da der Dialogprozess mit der Stadtgesellschaft in unseren Augen daher zu einem eindeutigen Ergebnis geführt hat, besteht unseres Erachtens auch keine Notwendigkeit mehr, diesen Prozess weiter fortzusetzen, vertieft einen Dialog über die in Frage kommenden Nutzungskonzepte und die Ausgestaltung der Bebauung zu führen und dann das Ergebnis eines solchen Prozesses gegen einen Erhalt der Freifläche abzuwägen. Dies würde für denjenigen, der von der Stadt als Favorit für die künftige Nutzung ausgewählt wird, Kosten bedeuten, am Ergebnis, nämlich einer Präferenz der Bevölkerung für den Erhalt der Freifläche, aber voraussichtlich nichts ändern.

Wir beantragen daher:



Das Interessensbekundungsverfahren für eine kulturelle Nutzung der Freifläche neben dem „Manhattan“ wird nicht fortgeführt. Das Grundstück wird nicht verkauft.

Mit freundlichen Grüßen

Barbara Pfister
Fraktionsvorsitzende

Philipp Dees
Sprecher für Stadtentwicklung
und Wohnen

f.d.R. Saskia Coerlin
Geschäftsführerin der SPD-Fraktion

Rathausplatz 1
91052 Erlangen
Geschäftsstelle im Rathaus,
1. Stock, Zimmer 105 und 105a
Telefon 09131 862225
Telefax 09131 862181
e-Mail spd@erlangen.de
www.spd-fraktion-erlangen.de

Datum
28.06.2017

AnsprechpartnerIn
Saskia Coerlin

Durchwahl
09131 862225

Seite
2 von 2

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente	
Tischauflagen -öffentlich-	1
Vorlagendokumente	
TOP Ö 8.5 Unterschriftensammlung für die Abschaffung aller Atomwaffen	
Mitteilung zur Kenntnis 13/186/2017	2
Hibakusha Aufruf 2017 13/186/2017	3
TOP Ö 10 Bestellung der Mitglieder für den Stadtteilbeirat Süd für die Amtszeit	
Beschlussvorlage 13/185/2017	5
TOP Ö 12 Weiterführung der optimierten Lernförderung	
TOP 12 PV 3. Sitzung SGA 50/084/2017	8
TOP Ö 15 Anhebung der VGN-Tarife im Stadtverkehr Erlangen zum 1. Januar 2018	
Antrag Nr. 069/2017 III/032/2017	10
TOP Ö 25.1 Anfrage Erlanger Linke: Flüchtlingshilfe zu Strafanzeigen wegen Kirc	
AnfrageStrafanzeigenKirchenasyl	12
AnfrageStrafanzeigenKirchenasyl.Anlage1	13
TOP Ö 25.2 Interessenbekundungsverfahren bezüglich der städtischen Flächen an d	
Antrag Nr. 068/2017 der Grünen Liste-Fraktion	16
Antrag Nr. 072/2017 der SPD-Fraktion	18
Inhaltsverzeichnis	20